

# **BERLIN - INTERN DER INFOBRIEF**



der  
**LANDESRUPPE BRANDENBURG**  
der  
**CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag**

**Mitglieder:** Michael Stübgen, MdB (Vorsitzender der Landesgruppe)  
Jens Koeppen, MdB (Stellvertretender Vorsitzender)  
Uwe Feiler, MdB  
Hans-Georg von der Marwitz, MdB  
Martin Patzelt, MdB  
Jana Schimke, MdB  
Sebastian Steineke, MdB  
Dr. Klaus-Peter Schulze, MdB

## **Inhaltsverzeichnis:**

**Nr. 35 / 2017 (01. September 2017)**

1. Vorwort des Landesgruppenvorsitzenden
2. Eckwerte des Arbeitsmarktes im August 2017
3. 1. Halbjahr 2017: Staat erzielt Überschuss von 18,3 Milliarden Euro
4. Gesetzliche Neuregelung im September 2017
5. Ausführliche Ergebnisse zur Wirtschaftsleistung im 2. Quartal 2017
6. Tarifverdienste im 2. Quartal 2017: + 3,8 % zum Vorjahresquartal
7. Kurz notiert

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

mit großen Schritten geht es in die heiße Wahlkampfphase. Am kommenden Sonntag findet das TV-Duell zwischen Dr. Angela Merkel und Martin Schulz statt. Am Mittwoch, den 06.09.2017 wird unsere Bundeskanzlerin dann zu ihrem 2. Brandenburger Wahlkampfauftritt in Finsterwalde erwartet. Der Einlass auf dem Marktplatz in Finsterwalde beginnt um 17.00 Uhr. Das Vorprogramm startet um 18.00 Uhr und um 19.00 Uhr folgt die Rede unserer Bundeskanzlerin.

Jetzt gilt es: am vergangenen Dienstag ist das Volksbegehren gegen die rot-rote Kreisreform in Brandenburg gestartet. Mindestens 80.000 Bürgerinnen und Bürger müssen das Begehren bis Ende Februar 2018 unterstützen, damit es erfolgreich ist. Wir als Union waren im ganzen Land unterwegs

und haben mit unseren Infoständen sehr erfolgreich bei den Bürgerinnen und Bürgern um Unterstützung geworben.

Ihr



Michael Stübgen, MdB  
Landesgruppenvorsitzender

## 2. Eckwerte des Arbeitsmarktes im August 2017

Die Zahl der arbeitslosen Menschen hat von Juli auf August um 27.000 auf 2.545.000 zugenommen. Bereinigt um die jahreszeitlich üblichen Einflüsse ist die Arbeitslosigkeit um 5.000 im Vergleich zum Vormonat gesunken. Gegenüber dem Vorjahr waren 139.000 weniger Menschen arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosenquote liegt bei 5,7 Prozent. Die nach dem ILO-Erwerbskonzept vom Statistischen Bundesamt ermittelte Erwerbslosigkeit belief sich im Juli auf 1,55 Millionen und die Erwerbslosenquote auf 3,6 Prozent.

Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung haben im Vergleich zum Vorjahr weiter kräftig zugenommen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes ist die Zahl der Erwerbstätigen (nach dem Inlandskonzept) im Juli saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat um 42.000 gestiegen. Mit 44,39 Millionen Personen fiel sie im Vergleich zum Vorjahr um 698.000 höher aus. Der Anstieg geht allein auf mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zurück. Diese hat nach der Hochrechnung der BA von Mai auf Juni saisonbereinigt um 53.000 zugenommen. Insgesamt waren im Juni nach hochgerechneten Angaben 32,18 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Das waren 809.000 mehr als ein Jahr zuvor. Dabei ist zu berücksichtigen, dass der Anstieg vom Juni etwas überzeichnet ist, weil der Wert des Juni 2016 aufgrund von Datenverarbeitungsfehlern um schätzungsweise 60.000 untererfasst ist.

Die Nachfrage nach Arbeitskräften nimmt auf anhaltend hohem Niveau weiter zu. Im August waren 765.000 Arbeitsstellen bei der BA gemeldet, 80.000 mehr als vor einem Jahr. Saisonbereinigt hat sich die Nachfrage gegenüber dem Vormonat um 9.000 erhöht. Der Stellenindex der Bundesagentur für Arbeit (BA-X) – ein Indikator für die Nachfrage nach Arbeitskräften in Deutschland – stieg im August 2017 um 1 Punkt auf 239 Punkte. Der Vorjahresabstand fällt mit einem Plus von 20 Punkten weiterhin sehr deutlich aus.

Insgesamt 732.000 Personen erhielten im August 2017 Arbeitslosengeld, 43.000 weniger als vor einem Jahr. Die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) lag im August bei 4.387.000. Gegenüber August 2016 war dies ein Anstieg von 69.000 Personen. 8,1 Prozent der in Deutschland lebenden Personen im erwerbsfähigen Alter waren damit hilfebedürftig.

Der Ausbildungsmarkt entwickelt sich im Berichtsjahr 2016/17 stabil. Von Oktober 2016 bis August 2017 meldeten sich 532.000 Bewerber für eine Ausbildungsstelle. Das waren 2.000 mehr als im Vorjahreszeitraum. Gleichzeitig wurden 528.000 Ausbildungsstellen gemeldet, 1.000 mehr als vor einem Jahr. Bundesweit zeigen sich damit zwar Ausbildungsstellen- und Bewerberzahl rechnerisch nahezu ausgeglichen. Wie in den Vorjahren treten aber regionale, berufsfachliche und qualifikatorische Disparitäten zu Tage, die den Ausgleich von Angebot und Nachfrage erheblich erschweren. Im August 2017 waren noch 98.000 Bewerber unversorgt. Außerdem suchten 52.000 gemeldete Bewerber einen Ausbildungsplatz, obwohl sie bereits eine Alternative haben (z. B. weiterer Schulbesuch oder Einstiegsqualifizierung). Ihnen standen bundesweit 136.000 unbesetzte Ausbildungsstellen gegenüber. Die meisten noch unbesetzten Ausbildungsstellen waren im August 2017 gemeldet für angehende Kaufleute im Einzelhandel (11.000 Ausbildungsangebote), Verkäuferinnen und Verkäufer (9.000) und Köchinnen und Köche (5.000). Auch in Bauberufen, in vielen Handwerksberufen wie zum Beispiel im Fleischer- und Bäckereihandwerk, im Elektrohandwerk, in der

Sanitär-, Heizungs- und Klimatechnik, der Augenoptik, Hörgeräteakustik oder auch in Lager und Logistik gibt es noch gute Chancen auf einen Ausbildungsplatz.

### **3. 1. Halbjahr 2017: Staat erzielt Überschuss von 18,3 Milliarden Euro**

Der Staat erzielte im ersten Halbjahr 2017 nach vorläufigen Ergebnissen des Statistischen Bundesamtes einen Finanzierungsüberschuss von 18,3 Milliarden Euro. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen (1 599,0 Milliarden Euro) errechnet sich daraus eine Überschussquote von 1,1 %. Hierbei handelt es sich um Daten in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 2010. Die Haushalte von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung konnten damit weiter von einer günstigen Beschäftigungs- und Wirtschaftsentwicklung sowie einer moderaten Ausgabenpolitik profitieren. Von den Ergebnissen für das erste Halbjahr lassen sich allerdings nur begrenzt Rückschlüsse auf das Jahresergebnis ziehen, da der Finanzierungssaldo des Staates unterjährig verschiedenen Einflüssen unterliegt.

Der gesamtstaatliche Überschuss verteilte sich nicht gleichmäßig auf die einzelnen staatlichen Ebenen. Während der Bund ein Defizit von 2,5 Milliarden verzeichnete, schlossen die Länder (+ 8,1 Milliarden Euro), die Kommunen (+ 6,1 Milliarden Euro) und die Sozialversicherung (+ 6,6 Milliarden Euro) das erste Halbjahr 2017 mit einem Überschuss ab. Das Defizit für den Bund ist in erster Linie auf die Auswirkungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur Unrechtmäßigkeit der Kernbrennstoffsteuer zurückzuführen. Hierdurch kam es zu Rückzahlungen an die Energieunternehmen in Höhe von rund 7,1 Milliarden Euro.

Die Einnahmen des Staates erhöhten sich im ersten Halbjahr 2017 um 29,6 Milliarden Euro (+ 4,3 %) gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum auf 723,8 Milliarden Euro. Die wichtigste Einnahmequelle des Staates sind die Steuern, die mit 384,2 Milliarden Euro gut die Hälfte der gesamten Einnahmen ausmachten. Der Zuwachs bei den Steuereinnahmen blieb mit + 5,4 % im ersten Halbjahr 2017 weiter hoch, wobei der Anstieg bei den Einkommen- und Vermögensteuern (+ 6,7 %) knapp doppelt so hoch ausgefallen ist wie bei den Produktions- und Importabgaben (+ 3,8 %). Der Anstieg bei den Produktions- und Importabgaben resultiert im Wesentlichen aus einem gestiegenen Mehrwertsteueraufkommen, das sich um 4,6 Milliarden Euro (+ 4,3 %) auf 111,8 Milliarden Euro erhöhte. Die Sozialbeiträge an den Staat sind um 4,7 % auf 265,4 Milliarden Euro ebenfalls deutlich angestiegen. Rückläufig waren hingegen die Einnahmen des Staates aus Zinsen und empfangenen Ausschüttungen (- 19,5 %), auch weil sich der in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gebuchte Bundesbankgewinn deutlich reduzierte.

Die Ausgaben des Staates erhöhten sich im ersten Halbjahr 2017 um 4,3 % beziehungsweise um 28,8 Milliarden Euro auf 705,4 Milliarden Euro. Deutliche Ausgabenzuwächse ergaben sich bei den monetären Sozialleistungen (+ 4,8 %). Das Urteil zum Kernbrennstoffsteuergesetz spiegelt sich in einem Anstieg der Vermögenstransfers um knapp 30 % wider. Die Investitionsausgaben des Staates entwickelten sich im ersten Halbjahr dagegen unterdurchschnittlich (+ 2,7 %). Wegen des weiterhin sehr niedrigen Zinsniveaus und eines gesunkenen Schuldenstandes sind die Zinsausgaben erneut zurückgegangen (- 5,2 %).

## **4. Gesetzliche Neuregelung im September 2017**

### **4.1. Carsharing-Gesetz**

Das Carsharing hat sich in den vergangenen Jahren zu einem wichtigen Baustein nachhaltiger Mobilität entwickelt. Diesen Trend will die Bundesregierung unterstützen – mit Sonderparkplätzen und kostenfreiem Parken. Das neue Carsharing-Gesetz tritt zum 1. September 2017 in Kraft.

## **4.2. Schutz der biologischen Vielfalt durch das Bundesnaturschutzgesetz**

Die Stärkung des Meeresnaturschutzes ermöglicht es, mehr Tierarten in Nord- und Ostsee zu schützen. Ein neues "Ökokonto" erleichtert flexible Maßnahmen zum Ausgleich für Eingriffe in die Meere. Im August 2017 sind Änderungen des Bundesnaturschutzgesetzes in Kraft getreten.

## **4.3. Mehr Energieeffizienz für Staubsauger**

Die Anforderungen an die Energieeffizienz von Staubsaugern werden zum 1. September 2017 nochmals erhöht. Dann dürfen nur noch Staubsauger mit einer Leistung unter 900 Watt in den Handel gelangen. Die Skala reicht von Energieeffizienzklasse A+, A++, A+++ bis Energieeffizienzklasse D. Die Energieeffizienzklassen E, F und G fallen weg. Darüber hinaus dürfen neue Staubsauger nicht lauter als 80 Dezibel sein.

## **4.4. Lärmschutzverordnung für Sportanlagen geändert**

Um Sportanlagen auch abends und an Sonn- und Feiertagen besser nutzen zu können, erlaubt die neue Lärmschutzverordnung dasselbe Lärmschutzniveau wie an Werktagen. Sie stellt gleichzeitig neue Immissionsrichtwerte für "Urbane Gebiete" auf, das heißt gemischte Stadtviertel mit besonders dichter Bebauung. Die Änderung tritt am 9. September 2017 in Kraft.

## **4.5. Schlachten hochträchtiger Tiere verboten**

Ab dem 1. September 2017 ist es grundsätzlich verboten, Tiere im letzten Drittel der Trächtigkeit zur Schlachtung abzugeben. Ausgenommen sind zunächst Ziegen und Schafe. Pelztiere dürfen zudem nur noch mit behördlicher Erlaubnis gehalten und gezüchtet werden.

## **5. Ausführliche Ergebnisse zur Wirtschaftsleistung im 2. Quartal 2017**

Die deutsche Wirtschaft bleibt auf Wachstumskurs: Wie das Statistische Bundesamt bereits in seiner Schnellmeldung am 15. August 2017 mitgeteilt hatte, war das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im zweiten Quartal 2017 – preis-, saison- und kalenderbereinigt – um 0,6 % höher als im Vorquartal. Im ersten Quartal 2017 hatte es nach neuesten Berechnungen einen etwas kräftigeren Anstieg des BIP von 0,7 % gegeben.

Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts kamen die positiven Impulse im Vorquartalsvergleich (preis-, saison- und kalenderbereinigt) aus dem Inland. Die privaten Haushalte steigerten ihre Konsumausgaben kräftig um 0,8 %, die staatlichen Konsumausgaben waren um 0,6 % höher als im Vorquartal. Auch die Investitionen legten nochmals zu: In Ausrüstungen wurde 1,2 % und in Bauten 0,9 % mehr investiert als im ersten Quartal 2017. Insgesamt stieg die inländische Verwendung im Vergleich zu den ersten drei Monaten des Jahres deutlich um 1,0 Prozent.

Aus dem Ausland kamen gemischte Signale: Im Vergleich zum ersten Quartal 2017 wurden vorläufigen Berechnungen zufolge 0,7 % mehr Waren und Dienstleistungen exportiert. Die Importe stiegen im selben Zeitraum mit + 1,7 % deutlich stärker. Dadurch dämpfte der Außenbeitrag – also die Differenz aus Exporten und Importen – rechnerisch mit – 0,3 Prozentpunkten das Wirtschaftswachstum.

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf den Vorjahresvergleich:

Im Vorjahresvergleich stieg das preisbereinigte BIP im zweiten Quartal 2017 um 0,8 % (erstes Quartal 2017: + 3,2 %). Allerdings war der Kalendereffekt in den ersten beiden Quartalen 2017 überdurchschnittlich stark, da es unter anderem aufgrund der späten Lage von Ostern im ersten Quartal drei Arbeitstage mehr und im zweiten Quartal drei Arbeitstage weniger als im Vorjahr gab. Somit ergibt sich bei kalenderbereinigter Betrachtung im zweiten Quartal 2017 ein BIP-Wachstum von 2,1 % (nach 2,0 % im ersten Quartal 2017).

Die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal 2017 wurde von 44,2 Millionen Erwerbstätigen im Inland erbracht, das waren 664 000 Personen oder 1,5 % mehr als ein Jahr zuvor (siehe Pressemitteilung 282/17 vom 17. August 2017).

Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität – gemessen als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen – ging gegenüber dem Vorjahr um 0,7 % zurück. Je Erwerbstätigenstunde stieg die Arbeitsproduktivität dagegen vorläufigen Berechnungen zufolge um 1,2 %, da die Erwerbstätigen im zweiten Quartal 2017 insgesamt weniger Stunden arbeiteten als ein Jahr zuvor.

Auch im Vorjahresvergleich kamen im zweiten Quartal 2017 die positiven Impulse aus dem Inland: Die privaten Konsumausgaben stiegen preisbereinigt um 1,6 %, die staatlichen Konsumausgaben um 1,5 %. Die Investitionen entwickelten sich im Vergleich zum Vorjahr unterschiedlich: Während in Ausrüstungen – darunter fallen hauptsächlich Maschinen und Geräte sowie Fahrzeuge – preisbereinigt 0,7 % weniger investiert wurde als im zweiten Quartal 2016, stiegen die Investitionen in Bauten um 2,9 %. Der Außenbeitrag bremste rechnerisch das Wirtschaftswachstum (– 1,0 Prozentpunkte): Es wurden preisbereinigt zwar 1,0 % mehr Waren und Dienstleistungen exportiert als vor einem Jahr, die Importe stiegen im selben Zeitraum mit + 3,8 % aber deutlich stärker.

Auf der Entstehungsseite des Bruttoinlandsprodukts war die preisbereinigte Bruttowertschöpfung insgesamt um 0,6 % höher als im zweiten Quartal 2016. Die größten Zuwachsraten gab es in den Bereichen Information und Kommunikation (+ 3,7 %), Baugewerbe (+ 1,5 %) sowie Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit (+ 1,1 %). Im Verarbeitenden Gewerbe ging die Wirtschaftsleistung im Vergleich zum Vorjahr dagegen um 0,5 % zurück. Auch bei den Finanz- und Versicherungsdienstleistern war die Veränderungsrate negativ (– 0,4 %).

In jeweiligen Preisen gerechnet war das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal 2017 um 2,3 % und das Bruttonationaleinkommen um 2,7 % höher als im zweiten Quartal 2016. Das Volkseinkommen nahm insgesamt um 2,4 % zu, wobei die Unternehmens- und Vermögenseinkommen den ersten vorläufigen Berechnungen zufolge um 1,6 % zurückgingen, während das Arbeitnehmerentgelt mit + 4,2 % deutlich zunahm. Die Bruttolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer lagen um 4,3 % über dem Niveau des zweiten Quartals 2016, die Nettolöhne und -gehälter um 3,7 %. Im Durchschnitt je Arbeitnehmer stiegen die Löhne und Gehälter weniger stark (brutto und netto jeweils um 2,5 %), da auch die Anzahl der Arbeitnehmer im Vergleich zum Vorjahresquartal zunahm (+ 1,7 %). Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte erhöhte sich mit + 3,2 % im gleichen Umfang wie die privaten Konsumausgaben in jeweiligen Preisen.

Neben der Erstberechnung des zweiten Quartals 2017 wurden – wie jedes Jahr im August – auch die bisher veröffentlichten Ergebnisse der letzten vier Jahre (ab 2013) sowie des ersten Quartals 2017 überarbeitet und, soweit erforderlich, revidiert. Wie bereits in der Schnellmeldung vom 15. August 2017 berichtet, ergaben sich dabei preisbereinigte Veränderungsdaten des jährlichen und vierteljährlichen BIP, die um bis zu 0,4 Prozentpunkte von den bisher veröffentlichten Ergebnissen abweichen. In einzelnen Komponenten des BIP fallen die Korrekturen deutlich größer aus. Insbesondere die Veränderungsdaten des BIP für die Quartale und das Jahr 2014 wurden überwiegend nach oben korrigiert. Darüber hinaus kann es, wie üblich bei saison- und kalenderbereinigten Reihen, zu geänderten Ergebnissen in der gesamten Zeitreihe ab 1991 kommen.

## **6. Tarifverdienste im 2. Quartal 2017: + 3,8 % zum Vorjahresquartal**

Die Tarifverdienste – gemessen am Index der tariflichen Monatsverdienste einschließlich Sonderzahlungen – waren im zweiten Quartal 2017 durchschnittlich 3,8 % höher als im Vorjahresquartal. Das ist der höchste Anstieg seit Beginn der Zeitreihe im Jahr 2011. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, lag der Anstieg ohne Sonderzahlungen im zweiten Quartal 2017 im Vorjahresvergleich bei 3,4 %. Im gleichen Zeitraum erhöhten sich die Verbraucherpreise um 1,7 %. Den größten Einfluss auf die Gesamtentwicklung hatte wie schon im Vorquartal der Doppelabschluss im Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes des Bundes und

der Gemeinden (siehe hierzu Pressemitteilung Nr. 175 vom 30.05.2017). Hinzu kam die Auszahlung des Tarifabschlusses für die Beschäftigten der Länder (TV-L) in Höhe von 2,0 %, mindestens aber 75 Euro. Dieser gilt zwar bereits seit Januar 2017, er wurde allerdings erst im zweiten Quartal 2017 verbunden mit einer Nachzahlung für die vorherigen Monate ausgezahlt. Besonders deutlich zeigen sich diese beiden Effekte in den Branchen Wasserversorgung und Entsorgung, Öffentliche Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung sowie im Gesundheits- und Sozialwesen mit einer Tarifsteigerung von jeweils + 4,5 %. Der hohe Anstieg der Tarifverdienste im Verarbeitenden Gewerbe (+ 4,1 %) lässt sich vor allem auf die Tarifentwicklung in der Metall- und Elektroindustrie zurückführen. Zusätzlich zur Tarifierhöhung von 2,8 % zum Juli 2016 wirkte sich hier im zweiten Quartal 2017 die zweite Stufenerhöhung in Höhe von 2,0 % zum April 2017 aus. Deutlich überdurchschnittlich entwickelten sich die Tarifverdienste binnen Jahresfrist mit + 7,4 % auch im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden. In dieser Branche wurden für das zweite Quartal 2017 in mehreren Tarifverträgen hohe Einmalzahlungen vereinbart. Deutlich unterdurchschnittlich war die Tarifentwicklung im Vergleich zum zweiten Quartal 2016 vor allem im Gastgewerbe (+ 0,9 %) und im Handel (+ 1,1 %).

## **7. Kurz notiert**

### **7.1. Häufigster Ausbildungsberuf 2016: Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel**

Im Jahr 2016 haben insgesamt 509 997 Jugendliche einen neuen Ausbildungsvertrag abgeschlossen. Das waren 1,3 % weniger als im Vorjahr. Wie das Statistische Bundesamt weiter mitteilt, belegte der Beruf Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel mit 29 142 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen erneut den Spitzenplatz. Es folgten Kaufmann/Kauffrau für Büromanagement, Verkäufer/-in, Kraftfahrzeugmechatroniker/-in sowie Industriekaufmann/-kauffrau. Etwa ein Viertel der neu abgeschlossenen Verträge konzentrierte sich auf diese fünf häufigsten Ausbildungsberufe. Männliche und weibliche Jugendliche unterscheiden sich in der Berufswahl: Bei den Neuabschlüssen von weiblichen Jugendlichen lag 2016 der Beruf Kauffrau für Büromanagement mit einem Anteil von 10,3 % auf Rang eins. Männliche Jugendliche wählten am häufigsten den Beruf Kraftfahrzeugmechatroniker (6,4 %). Die schulische Vorbildung beeinflusst die Berufswahl: Bei Jugendlichen mit Hochschulzugangsberechtigung waren Industriekaufmann/-kauffrau, Kaufmann/Kauffrau für Büromanagement sowie Kaufmann/Kauffrau im Groß- und Außenhandel die drei häufigsten Ausbildungsberufe. Bei Jugendlichen ohne einen Hauptschulabschluss rangierte der Beruf Verkäufer/-in auf Platz eins, gefolgt von Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel und Kaufmann/Kauffrau für Büromanagement.

Der Anteil Jugendlicher mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag ohne Hauptschulabschluss betrug dabei allerdings nur 3,1 % gegenüber einem Anteil von 28,4 % mit Hochschulzugangsberechtigung. Auch hinsichtlich der schulischen Vorbildung der Auszubildenden gibt es geschlechtsspezifische Unterschiede: Bei neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen lag der Anteil der weiblichen Jugendlichen mit Hochschulzugangsberechtigung mit 34,5 % um 10,1 Prozentpunkte höher als bei den männlichen. Dagegen übertraf der Anteil der männlichen Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss mit 3,6 % um 1,2 Prozentpunkte den Anteil der weiblichen (2,4 %).

### **6.2. Apfelernte geht 2017 im Vergleich zum Vorjahr um die Hälfte zurück**

Die Obsternte in Deutschland fällt in diesem Jahr aufgrund der extremen Witterungsbedingungen voraussichtlich erheblich geringer aus als in den Vorjahren: Die Apfelbauern erwarten nach einer ersten vorläufigen Schätzung 2017 eine Erntemenge von rund 552 000 Tonnen Äpfeln. Dies sind 47 % weniger als im Jahr 2016. Die höchsten Einbußen müssen Apfelbauern in Baden-Württemberg hinnehmen (-65 %), gefolgt von Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen mit einem Rückgang von je 59 %. Am geringsten fallen die Ernteeinbußen dagegen voraussichtlich in Hamburg aus, hier wird ein Ernterückgang von 19 % erwartet. Neben Apfelbäumen haben auch andere Obstsorten unter den Witterungsbedingungen gelitten: Im

Vergleich zum Vorjahr gehen die Erntemengen von Süßkirschen (-43 %), Sauerkirschen (-48 %), Pflaumen/Zwetschgen (-47 %) und Mirabellen/Renekloden (-51 %) voraussichtlich deutlich zurück.

Redaktion: Uwe Schüler, Landesgruppenreferent